

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

22.3.1923 (No. 69)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. A. M. e. n. d., Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für März 3900 M. — Einzelnummer 150 M. — Anzeigengebühr: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Elementarort. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, der als Rosenrabatt gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Politische Neuigkeiten. Deutscher Reichstag.

Die Sitzung begann gestern um 2 Uhr. Der Gesetzentwurf über die Verlängerung des Besoldungspergesetzes bis zum 31. Juli 1923 und der Haushaltsplan für 1923 werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Haushalts des Reichspostministeriums fortgesetzt. Abg. Delius (Dem.) dankt den Postbeamten an Rhein und Ruhr für ihr vaterländisches Verhalten. Er wünscht Ermäßigung der Telefongebühr für besondere Klassen, z. B. für Ärzte und Wohlfahrtsvereine.

Abg. Watz (Komm.) will sich von dem Lobe der Vorredner an der Pflichttreue der Postbeamten nicht ausschließen. Es sei aber doch merkwürdig, daß alle Redner in demselben Atemzug den Wahn des Personalismus predigen.

Reichspostminister Stinckel: Es ist unser Bestreben, den Aufschub der Postreform zu vermeiden. In der Frage der unehelichen Mütter wollen wir uns ganz von sozialen Rücksichten leiten lassen. Jeder Fall soll einzeln untersucht werden.

Abg. Strathmann (D. Natl.) befürwortet einen auch von den anderen bürgerlichen Parteien eingehenden Antrag auf Ermäßigung der Postgebühren im Interesse des Verkehrs.

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt, die Entlassung Strathmanns angenommen, desgleichen eine Entlassung des Zentrums, die Verwaltung möge die infolge der Eisenbahnstörung im besetzten Gebiet eingerichteten Postkraftwagenfahrten vermehren und die Fahrkosten im Interesse der wirtschaftlich schwächeren Volksteile wesentlich herabsetzen.

Dann wird die Etatberatung unterbrochen und die inzwischen im Ausschuß erledigten Gesetzentwürfe über die Verlängerung des Besoldungspergesetzes bis zum 31. Juli 1923 und über den Haushaltsplan für 1923 debattiert in allen drei Lesungen angenommen.

In der Einzelberatung des Postgesetzes erfuhr der Abg. Sepel (Soz.) die Verwaltung, bei der Vereinerung der Beamten zur Finanzverwaltung einen Ortswechsel möglichst zu vermeiden. Der Redner weist eine frühere Bemerkung des Abg. Wahn zurück und begründet im Gegensatz zu diesem Redner, daß heute ein anderer Beamter vorzutreten kann.

Minister Stinckel bestätigt das. Der Rest des Postgesetzes wird nach den Beschlüssen des Ausschusses erledigt. Ohne Debatte wird der Etat der Reichsdruckerei angenommen.

Nächste Sitzung heute, Donnerstag, nachmittags 2 Uhr. Interpellationen wegen des sächsischen Feiertagsverlustes. Kleinere Vorlagen.

7,1 Billionen Defizit des Reichshaushalts.

Der Reichstag nahm knapp vor Beginn des neuen Rechnungsjahres noch einen Nachtragsetat, den zwölften für 1922, an. Der Berichterstatter betonte, daß die Notwendigkeit der Aufstellung und Einbringung dieses Nachtragsetats sich aus dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet ergebe.

Der Reichshaushalt des Reiches weist jetzt die Post im ordentlichen Haushalt einen Fehlbetrag von 318,8 Milliarden auf. Für den ordentlichen Haushalt der Eisenbahnverwaltung ist noch ein Gleichgewichtszustand angenommen.

Milliarden auf. Für den ordentlichen Haushalt der Eisenbahnverwaltung ist noch ein Gleichgewichtszustand angenommen. Wahrscheinlich werden sich auch Zuschüsse aus allgemeinen Reichsmitteln als unvermeidlich erweisen.

Sächsischer Ministerpräsident Zeigner.

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtags stand zum drittenmal die Wahl des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung. Die beiden Rechtsparteien hatten sich auf den gemeinsamen Kandidaten Keiser (D. Sp.) geeinigt.

Einigung in Sachsen.

In Nr. 68 vom 21. März schreibt der Karlsruher „Volkstfreund“ folgendes: Die Beratungen über die Regierungsbildung in Sachsen sind, wie wir bereits berichteten, zu einem Abschluß gekommen.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Sachsen sind, wie wir bereits berichteten, zu einem Abschluß gekommen. Da die Kommunisten eine Beteiligung an der Regierung von der Einberufung eines Betriebsrätekongresses abhängig gemacht hatten, dieser Kongreß aber von unserer Seite abgelehnt worden war, so kam nur noch die Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Frage.

Der sächsische Landesparteiitag fand am 4. März eine siebenköpfige Kommission ein, die, mit uneingeschränkter Vollmacht und der kommunistischen Partei zum Abschluß bringen sollte. Am 15. März gelang es, die endgültigen Richtlinien für die künftige Politik in Sachsen festzulegen.

Dollar-Gehakanweisungen des Deutschen Reiches

Garantiert von der Reichsbank. Gonnabend, den 24. März 1923

in erster Linie und sie müssen auch, falls sich ihre Politik — und im vorliegenden Falle ihr Abkommen mit den Kommunisten — als ein Fehlschlag erweisen sollte, die Wirkungen wieder gut zu machen suchen. Aber gleichgültig oder nur als Zuschauer stehen wir natürlich wichtigen Vorgängen in der inneren Politik eines Freistaates nicht gegenüber.

Es kommt aber noch ein Gesichtspunkt in Betracht, den wir hier erwähnen wollen. Der Bildung einer großen Koalition im Reiche ist besonders auch von Sachsen aus mit dem Hinweis lebhaft widersprochen worden, daß die Deutsche Volkspartei weder auf dem Boden der Demokratie noch auf dem der Republik stehe.

Geht also die Sozialdemokratie mit ihnen einen Pakt ein und übernimmt sie, gestützt auf diesen Pakt und auf die kommunistischen Stimmen im Parlament die Regierung, so führt sie die Regierungsgeschäfte in einem republikanisch-demokratischen Staatswesen durch die vereinbarte Unterfütterung einer Partei, die die staatsrechtliche Form dieses Staatswesens ablehnt und von Natur aus bekämpfen muß.

Deutsche Protestnote.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hatte der französischen Regierung am 25. Februar eine Note überreicht, in der unter Anführung einiger besonders krasser Fälle gegen die an der Bevölkerung des Ruhrgebietes verübten Gewalttätigkeiten der französischen Truppen protestiert wurde.

Ein Schießerlaß in Herne.

In Herne hat der kommandierende General scharfe Verkehreinschränkungen befohlen. Alle Lokale müssen von 9 Uhr ab geschlossen sein. Mehr als zwei Personen dürfen nicht zusammen sein.

Le Troquers Bericht.

Le Troquer erstattete dem Ministerrat Bericht über die Lage im Ruhrgebiet. Nach dem „Jutranfigant“ erklärte er, es handle sich für Frankreich nicht darum, Kohlen zu beschlagnahmen, sondern die Bergwerke auszubenten.

Im nördlichen Teile des Ruhrgebietes liegen eine Million Tonnen Kohle und nahezu 1/2 Million Tonnen Koks aufgeschichtet. Die Kohlen würden zurzeit von den staatlichen Betrieben Westphalen und Blumental und der Privatgrube Konrad abge-

